

**Zeitschrift:** Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein  
**Herausgeber:** Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein  
**Band:** - (1985)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die aussenpolitische Präsenz des Fürstentums Liechtenstein  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-938921>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 06.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die aussenpolitische Präsenz des Fürstentums Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein hat in den letzten Jahren die Tätigkeit in der Aussenpolitik sehr stark erhöht, sodass eine Betrachtung der aussenpolitischen Präsenz des Landes interessant erscheint.

Darstellung der heutigen Situation: (Auszug aus einer Tischrede von Herrn Roland Marxer).

Die Schweiz vertritt die Interessen unseres Landes in konsularischen Angelegenheiten. Auf diplomatischer Ebene wird die Schweiz für Liechtenstein nur aufgrund des besonderen Auftrages unsererseits tätig.

Die Vertretung bei internationalen Organisationen und Konferenzen geschieht heute im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten normalerweise durch eine eigene liechtensteinische Delegation.

In der Öffentlichkeit bestehen heute noch Missverständnisse über die Wahrnehmung der ausländischen, konsularischen Interessen in Liechtenstein. Diese Interessen werden nicht durch die Schweiz, sondern durch eigens eingesetzte, in Liechtenstein oder im benachbarten Ausland residierende Konsularvertreter wahrgenommen.

Durch den Zollvertrag mit der Schweiz entstand natürlich auch eine enge Zusammenarbeit auf verschiedenem Bereich wie: Postvertrag, Währungsvertrag, Patentbereich.

Auch international ist Liechtenstein in den letzten Jahren durch multilaterale Abkommen und durch den Beitritt zu internationalen Organisationen aktiv geworden.

Im Rahmen der UNO-Familie: Internationaler Gerichtshof in Den Haag, Weltpostverein, int. Fernmeldeunion, int. Atomenergie-Organisation, Weltorganisation für geistiges Eigentum, Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.



SCUOL/SCHULS

Im Europäischen Bereich: EFTA, Wiedereingliederungsfonds des Europarates, Europarat, Europäische Patentorganisation.

Eine besondere Bedeutung kommt der Mitarbeit Liechtensteins im Rahmen des Europarates und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu. Die aktive Mitarbeit unseres Landes in diesen Gremien stellen einen kleinen aussenpolitischen Apparat, wie er in Liechtenstein gegeben ist, nicht nur vor eine besondere Herausforderung, sondern auch vor Probleme personeller Art. Diese personelle Belastung betrifft die Vertreter auf Regierungsebene und die Mitglieder der liechtensteinischen Parlamentarierdelegation. Nebst der Präsenz auf multilateraler Ebene an Konferenzen sind auch die zahlreichen bilateralen Gespräche und Kontakte in den verschiedensten Bereichen zu erwähnen.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden:

Während langer Zeit bestimmte das regierende Fürstenhaus allein die Aussenpolitik unseres Landes. Auf Grund der Verfassungsbestimmungen aus dem Jahre 1921 wird heute die aussenpolitische Arbeit durch das Fürstenhaus und die Regierung erbracht. Es werden auch sämtliche Staatsverträge dem Landtag zur Zustimmung unterbreitet.

Eine Konstante der liechtensteinischen Aussenpolitik ist, neben der Zielsetzung der Erhaltung der Souveränität und einer möglichst weitgehenden Unabhängigkeit, die Bereitschaft zu kontinuierlicher internationaler Mitarbeit mit Konzentration auf den europäischen Bereich, ohne die globalen Zusammenhänge ausser Acht zu lassen.



SUSCH,

Als einem der kleinsten Staaten stehen Liechtenstein nur sehr beschränkte Mittel aussenpolitischer Präsenz zur Verfügung. Es sind wie bisher gewisse Proportionen zu wahren, Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen.

Wie bisher wird auch in Zukunft die liechtensteinische Beteiligung an wichtigen internationalen Konferenzen, die für Liechtenstein von besonderem Interesse sind, weiterverfolgt werden. Vor allem Fragen des internationalen Vertragsrechts, des humanitären Völkerrechts, der diplomatischen

und konsularischen Vertretung, der Rauschgiftbekämpfung, der kulturellen Zusammenarbeit, des Fernmeldewesens, der Erziehung, des Schutzes des geistigen Eigentums, des Umweltschutzes, des Verkehrswesens usw. betreffen auch den Kleinstaat Liechtenstein.

\*\*\*\*\*

Die OST SCHWEIZER AZ schreibt in ihrer Ausgabe vom 7. Mai 1985:

Rheinkraftwerke: Nichts Neues

In der Antwort auf eine Interpellation wegen den geplanten Rheinkraftwerken bekräftigt der Regierungsrat Rohrer nochmals seinen Willen, seine Stellungnahme sorgfältig und unabhängig zu erarbeiten. Die Regierung werde in jedem Fall mit ihrer Vernehmlassung an den Bund, der entscheidende Bedeutung zu kommen wird, zuwarten, bis die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegen. In materieller Hinsicht habe sich die Regierung noch keineswegs festgelegt.

Alle wollen zurück zur Natur.

Aber niemand zu Fuss!



SCHAFFHAUSEN,